Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 10

Artikel: Die deutsche Sozialdemokratie und der Pleven-Plan
Autor: Theimer, Walter / V.G.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336614

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

WALTER THEIMER

Die deutsche Sozialdemokratie und der Pleven-Plan

Wir veröffentlichen diesen Artikel zur Information unserer Leser und erinnern daran, daß die von den Mitarbeitern der «Roten Revue» vertretenen Ansichten und Werturteile nicht unbedingt auch diejenigen der Redaktion sind. *V. G.*

Die SPD hat den Washingtoner Beschlüssen, in deren Mittelpunkt der Pleven-Plan einer sogenannten europäischen Armee steht, schärfste Opposition angesagt. Die Bundesregierung begrüßt jene Beschlüsse und erklärt sie als einen großen Erfolg für Deutschland. Die SPD lehnt eine Mitverantwortung für diese Politik ab. Die Weltpresse erklärt die Beschlüsse eher für einen Erfolg Frankreichs, womit sie in der Tat recht hat.

Wie beim Schuman-Plan, wendet sich die SPD gegen einen Mißbrauch des Europagedankens als Fassade für französische Vorherrschaftsbestrebungen. Im Pleven-Plan sind die letzteren noch deutlicher ersichtlich. Als der große Europäer Schuman nach Washington abreiste, mußte er dem französischen Parlament versprechen, es werde «keine deutsche Armee geben, die der deutschen Regierung unterstellt wäre und von ihr als Mittel einer deutschen Politik benützt werden könnte». Herr McCloy versäumte schon während der vorangegangenen Woche nie, wenn er vom deutschen Wehrbeitrag sprach, zu betonen, es werde keine eigene deutsche Armee geben. Das deutsche Volk wünsche ohnehin keine solche, es ziehe einen bloßen Beitrag für eine Europaarmee vor. Auf welche Weise das deutsche Volk diesen Wunsch zu erkennen gegeben habe, teilte der amerikanische Oberkommissar nicht mit. Jedenfalls hielten es alle alliierten Sprecher für notwendig, die Deutschen gerade in diesem Augenblick, wo man ihre Soldaten wollte, an ihren zweitrangigen Status zu erinnern.

Merkwürdiger Auftakt

Welche Länder stellen fremden Regierungen Soldaten, ohne über sie verfügen zu können? Nur Kolonialländer. Das geplante deutsche Kontingent in der Europaarmee erinnert stark an die indischen Truppen in der britischen Armee während des erst kürzlich zu Ende gegangenen Kolonialzeitalters Indiens. Die Aufhebung des im Grunde immer noch kolonialen Status Deutschlands ist nach Ansicht der SPD die erste Voraussetzung für eine

deutsche Wehrteilnahme im Westen. Davon ist aber nichts zu sehen. Schon die Handlungen der Besatzungsmächte in den letzten Monaten vor Washington waren darauf berechnet, den Deutschen die Fortdauer ihrer kolonialen Stellung zu demonstrieren und ihnen den Gedanken auszutreiben, daß sie etwa als Gegenwert für ihre Soldaten eine Aufhebung der drückendsten Beschlüsse von 1945 zu erwarten hätten: da kam die hohe Ruhrkohlenexportquote, das Bestehen auf der Desorganisation der Ruhrindustrie, die endgültige Beschlagnahme der Auslandsguthaben ohne Verrechnung auf die deutschen Schulden, die ablehnende alliierte Saarnote, das alliierte Gesetz, das Deutsche, die für die Alliierten spionieren, der deutschen Gerichtsbarkeit entzieht, die Affäre Kemritz und noch einiges mehr. Dann schwenkte Amerika von den für Deutschland günstigen Petersbergplänen auf den Pleven-Plan um. Eine ganze Serie von politischen Ohrfeigen in einem Augenblick, wo die Deutschen mit Recht erwarten zu dürfen glaubten, nun werde die alliierte Politik sich mildern. Die Alliierten sagten vielmehr, auf eine einfache Formel gebracht: «Nichts wird nachgelassen. Ihr werdet unsere alten Forderungen erfüllen und unsere neue nach Soldaten noch dazu!»

Der «Vorschlag» eines deutschen Wehrbeitrages wird allmählich zu einer Forderung der Alliierten, vergleichbar der Forderung nach Kohlen und Besatzungskosten. In einer führenden englischen Sonntagszeitung konnte man eine Woche nach Washington die Balkenschlagzeile lesen: «Die Mächte planen deutsche Einberufungen vor März 1952.» Die Mächte planen... Man dachte doch, nun werde Deutschland ein freier und gleicher Partner? Dann ist es am deutschen Volk und seiner gewählten Regierung, etwaige Einberufungen zu planen, und an niemand anderem.

Die alliierte Politik

Man kann sich die Instruktionen vorstellen, die den alliierten Vertretern für die Wehrverhandlungen mitgegeben wurden. Sie lauten vermutlich etwa so: «Die Deutschen haben auf diese Stunde gewartet. Sie haben gewußt, daß wir ihre Soldaten brauchen werden, und sich darauf vorbereitet, in diesem Augenblick die Forderung nach politischer, wirtschaftlicher und militärischer Freiheit zu präsenteren. Demgegenüber haben Sie an unseren oft ausgesprochenen Grundsatz von 1945 zu denken: unter keinen Umständen darf Deutschland aus einem etwaigen Konflikt zwischen Ost und West politisch Nutzen ziehen. Auch wenn deutsche Soldaten gebraucht werden, darf die deutsche Macht in keiner Weise wiederhergestellt werden. Wir ziehen weder eine

eigene deutsche Armee in Betracht noch eine Aufhebung der alliierten Kontrolle der deutschen Kohlen- und Eisenwirtschaft noch eine volle Souveränität für Deutschland, schon gar nicht eine eigene deutsche Außenpolitik. Unsere grundlegenden Kriegsziele von 1945 werden nicht revidiert. Deutschland muß veranlaßt werden, ohne wesentliche politische Gegenleistung für uns Soldaten zu stellen, über die wir allein zu verfügen haben. Trachten Sie jedoch durch schöne Worte den Deutschen den Eindruck zu vermitteln, daß sich ihre Lage wesentlich bessert. Sparen Sie nicht mit Ausdrücken, wie Partnerschaft, Gleichberechtigung und Souveränität. Verhüllen Sie die abhängige Stellung Deutschlands durch Systeme, wie den Schuman- und den Pleven-Plan, die Deutschland formell Gleichberechtigung zusichern, es aber in Wirklichkeit an die Kette legen. Reden Sie möglichst viel von Europa.» (Anmerkung für den englischen Vertreter: «Aber sehen Sie zu, daß Sie uns nicht hineinverwickeln.»)

Man kann es den Alliierten vielleicht nicht verübeln, daß sie die deutschen Soldaten politisch so billig wie möglich haben wollen. Man kann es aber auch der SPD nicht verübeln, wenn sie einen besseren politischen Preis — eigentlich einen bescheidenen, selbstverständlichen Preis — verlangt. Erstaunlich ist es nur, daß die Bundesregierung so schnell bereit ist, die einzige Trumpfkarte, die das Schicksal Deutschland zugespielt hat, aus der Hand zu geben und sich mit dem alliierten Programm identifiziert. Hier folgt ihr die SPD nicht.

Das «europäische» Heer

General de Gaulle hat den Plan der Europaarmee ein Gemisch alchimistischer Mixturen, algebraischer Kombinationen und kabbalistischer Formeln genannt; wie das ganze französische Parlament hat er eine Auflösung der französischen Armee zugunsten eines Europaheeres abgelehnt. Die französischen Sozialisten beharren ebenfalls darauf, nur einige Divisionen in die Europaarmee, einige weitere direkt in Eisenhowers atlantische Armee abzuordnen, der Rest, das heißt die große Mehrzahl, bleibt zur alleinigen Verfügung der französischen Regierung. Die andern für die Teilnahme an der Europaarmee vorgeschlagenen Staaten werden wohl die gleiche Haltung einnehmen. Sie wollen ihre eigenen Heere behalten und bloß auf eine europäische Koalition eingehen. Nur der deutsche Bundeskanzler begeistert sich für eine «echte europäische Armee» und lehnt eine «europäische Koalitionsarmee» ausdrücklich ab.

Von einer wirklichen Gleichberechtigung Deutschlands ist keine Rede. Frankreich und die andern Alliierten (England nimmt ohnehin an dem Plan nicht teil) behalten ihre eigenen Armeen, Deutschland darf keine haben. Die alliierten Regierungen dürfen über das Gros ihrer Heere, praktisch über die ganzen Heere, selbst verfügen, aber Deutschland darf nur ein Kontingent stellen, über das die Alliierten verfügen. Denn die von Frankreich noch nicht genehmigte Teilnahme deutscher Vertreter an den Kommandostellen der Europaarmee hat politisch ungefähr den Wert der deutschen Vertretung in der Ruhr- oder Schuman-Behörde: Deutschland hat nicht die geringste Aussicht, irgendeinen Vorschlag gegen die geschlossene Front seiner «Partner» durchzubringen. In Wirklichkeit würde Frankreich über die deutschen Truppen verfügen; es will sich sogar zwischen diese und den atlantischen «Weltmarschall» Eisenhower schalten. Die deutschen Divisionen dürfen nur flankiert von französischen usw. Divisionen auftreten, also mit alliierten Aufsichtstruppen auf beiden Seiten.

Die moralischen und operativen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Einsatz dieser Truppen sind in einem solchen System nicht gegeben. Der Zweck der Konstruktion ist durchsichtig: Deutschland soll keine eigene Wehrmacht bekommen, sondern nur eine Art Fremdenlegion in die alliierten Heere entsenden. Der deutsche Soldat wird das spüren; wie wird es auf seine Kampfmoral einwirken? Wer kämpft gern in einer ständigen Umzingelung durch seine mißtrauischen Partner, die stets bereit sind, ihn zu entwaffnen, wenn er etwa den politischen Lohn für seine Mithilfe, und wäre es nach gewonnenem Sieg, fordern sollte? Außerdem kann eine so gemischte, vielsprachige Armee schon aus kommandotechnischen Gründen nicht erfolgreich operieren. Vor einem solchen Europaheer müssen seine Freunde wahrhaft mehr erschrecken als seine Feinde.

Deutsche Soldaten — für wen? Wofür?

Zwar sehen die Washingtoner Beschlüsse allerhand europäische Räte und Körperschaften (unter deutscher Beteiligung) vor, die in die Verwendung der Truppen mehr oder weniger (eher weniger) hineinzureden haben sollen. Aber es wird ausdrücklich gesagt, daß die Einberufung deutscher Soldaten erfolgen soll, ohne auf die leider etwas langwierige Konstituierung dieser Räte zu warten. Die französische Presse macht kein Hehl daraus, daß Frankreich die Schaffung dieser europäischen Organe möglichst lange hinzuziehen gedenkt. Es will sich von niemandem in die Verfügung über die deutschen Vasallentruppen hineinreden lassen. Selbst wenn man dem deutschen Rekru-

ten nun mit Hilfe der Propaganda einbläut, er kämpfe für Europa, so wird er sich vergebens nach Institutionen umsehen, die dieses Europa verkörpern. Er hat Befehle von Paris, allenfalls von Eisenhower entgegenzunehmen; irgendeine demokratisch gewählte Stelle, an die er sich wenden könnte, ist weit und breit nicht zu erblicken. Der deutsche Rekrut wird sich merkwürdige Gedanken über die Demokratie machen.

Deutschland soll Soldaten einberufen, ohne daß ersichtlich ist, wer letzten Endes über sie verfügen wird und zu welchem Zweck über sie verfügt werden wird. Die Alliierten haben den Deutschen gegenüber nichts über ihre strategischen Pläne verlauten lassen; niemand weiß, ob Deutschland wirklich verteidigt werden wird. Weiter steht über die Verteilung der Kosten des Rüstungsplanes noch nichts fest. Daß die Bundesrepublik die auf über acht Milliarden erhöhten Besatzungskosten *und* die Kosten deutscher Kontingente aufbringt, ist ausgeschlossen. Übrigens ist es bemerkenswert, daß jene 8 Milliarden verausgabt werden, ohne daß irgendeinem Parlament der Welt Rechnung darüber abgelegt wird. Das gehört ebenfalls zum Anschauungsunterricht in Demokratie. (Die Alliierten erklären, Ausrüstung, Besoldung und Verpflegung der Besetzungstruppen aus ihren Wehrbudgets zu decken. Die Unterkünfte stellt Deutschland. Es wäre doch interessant, zu erfahren, wozu man außerdem noch 8 Milliarden DM braucht. Aus den Washingtoner Beschlüssen geht nicht hervor, daß solche Mitteilungen oder irgendein Mitbestimmungsrecht Deutschlands bei den Besetzungsbehörden geplant sind.)

General de Gaulle hat mit Recht gefragt: «Wie kann jemand im Ernst eine Europaarmee planen, wenn dieses Europa gar nicht besteht?» Ehe man eine europäische Armee schafft, müßte es eine europäische Regierung geben. Daran denkt in Wahrheit kein Mensch. Der Europarummel, auf den in Deutschland allzu viele Menschen hereinfallen, dient nur als Vorwand, die deutsche Wehrleistung der Souveränität Deutschlands zu entziehen, während die anderen Alliierten diese Folgerung nicht auf sich nehmen wollen. Die Betonung der (noch nicht feststehenden) «Gleichberechtigung der deutschen Truppen» in der Europaarmee ändert nichts daran, daß das nicht gleichbedeutend mit «militärischer Gleichberechtigung Deutschlands» ist. Übrigens: Europa? Folgende europäische Länder sind nicht in der geplanten Europaarmee vertreten: England, Spanien, Schweden, Norwegen, Dänemark, die Schweiz, Jugoslawien, Griechenland und anscheinend auch Holland. Mit welchem Recht würde sich dieses Gebilde «europäische» Armee nennen? Warum gelten opponierende deutsche Sozialdemokraten als «Nationalisten», wenn sie an *so einem* Europa nicht teilnehmen wollen? Sind alle diese andern Staaten ebenfalls nationalistisch? Frankreich selbstredend ist überhaupt nicht nationalistisch...

Die SPD stellt weiter fest, daß sich auch auf dem Gebiete der politischen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung Deutschlands nichts ändert. Erstens behalten die Alliierten nach den Beschlüssen von Washington drei Eingriffsrechte: sie können nach Belieben Truppen in Deutschland stationieren (und durch die von ihnen vorgeschriebenen Besatzungskosten das deutsche Budgetrecht illusorisch machen), alle ihnen notwendig erscheinenden Maßnahmen zum Schutze dieser Truppen ergreifen (ein Kautschukparagraph, in dem sich ein praktisch unbegrenztes Interventionsrecht verbirgt) und weiter die deutsche Politik in bezug auf Berlin, gesamtdeutschen Fragen und Verkehr mit dem Osten kontrollieren. Deutschland darf also beispielsweise nicht direkt mit Rußland reden, auch wenn Rußland hierzu bereit sein sollte. In die Dinge, die es am meisten angehen, in die Fragen der Wiedervereinigung und der Ostgrenzen nämlich, darf das «souveräne» Land nicht hineinreden.

Ehe die angebliche Souveränität wenigstens in diesem Rahmen gewährt wird, muß Deutschland aber eine ganze Reihe sogenannter zweiseitiger Verträge unterzeichnen, in denen es auf die Ausübung seiner Souveränität auf entscheidenden Gebieten, nicht nur beim Militär, verzichtet. Es muß entweder die Ruhrbehörde oder den Schuman-Plan anerkennen; es muß die Entflechtung seiner Industrien und die ihnen auferlegte unwirtschaftliche Betriebsweise anerkennen; es muß die von den Alliierten verlangten Besetzungskosten anerkennen; es muß den gegenwärtigen Zustand an der Saar anerkennen; es muß Requisitions- und andere Rechte der alliierten Truppen in Deutschland anerkennen, die weit über die Rechte verbündeter Truppen hinausgehen; wahrscheinlich muß es auch gewisse handels- und devisenpolitische, vielleicht auch immer noch industrielle Beschränkungen anerkennen. Mit andern Worten, die diktierten «zweiseitigen» Verträge werden ungefähr denselben Inhalt haben wie die bisherigen einseitigen Anordnungen der Alliierten. Selbst eine der Regierung nahestehende Hamburger Zeitschrift schrieb bei den ersten Ankündigungen: «Besser eine ehrliche Knechtschaft als eine gefälschte Souveränität.» Was sie allerdings nicht hinderte, unmittelbar darauf die Beschlüsse von Washington zu bejubeln und Frankreich für seine «Opfer» zu danken . . .

Die SPD will keinen Anteil an dieser Souveränitätskomödie haben. Sie beharrt auf ihrer Forderung nach wirklicher, politischer, wirtschaftlicher und militärischer Gleichberechtigung Deutschlands als Voraussetzung für einen Wehrbeitrag, zu dem sie auf der Grundlage echter Partnerschaft grundsätzlich bereit ist. Sie hält es nicht für notwendig, daß Deutschland in der gege-

benen Lage jedes alliierte Diktat blind annimmt, und wirft der Bundesregierung vor, die gegebenen politischen Möglichkeiten nicht zu nutzen. Sie lehnt es auch ab, sich von der Regierung in irgendwelche parlamentarische Beiräte oder dergleichen hineinmanövrieren zu lassen, die der Washingtoner Politik den Anschein geben sollen, als genieße sie den gemeinsamen Segen von Regierung und Opposition. Vielmehr verlangt sie Neuwahlen vor Annahme eines Wehrgesetzes, da zu einem so weittragenden Schritt eine vorherige *Befragung des Volkes* notwendig sei. Das gegenwärtige Parlament wurde im Zeichen einer ewigen Entmilitarisierung gewählt; an die Aufgabe, die ihm jetzt zugemutet wird, dachten die Wähler von 1949 nicht, derartige Gedanken waren damals noch strafbar. Ob die knappe Regierungsmehrheit des jetzigen Bundestages wirklich die moralische Berechtigung hat, dem deutschen Volk den Pleven-Plan aufzuerlegen, ist in der Tat trotz allen formal gegebenen Voraussetzungen fraglich.

Der Ruf nach einem sozialdemokratischen Wehrprogramm

Gegen die SPD ist der Vorwurf zu hören, daß sie es trotz einer in der Grundlinie richtigen, geradezu historischen Haltung in der Wehrfrage an der notwendigen Klarheit in wichtigen Einzelzügen hat fehlen lassen. Es gibt immer noch kein sozialdemokratisches Wehrprogramm. Die Parteileitung fürchtet, daß die Aufstellung eines solchen die Haltung der Partei zu der außenpolitischen Seite der Wehrfrage präjudizieren würde, und lehnt auch die Diskussion eines Wehrgesetzes in der jetzigen Lage ab. Die letztere wäre zweifellos verfrüht; ein mit einem großen «Wenn . . .» in bezug auf den Eintritt der politischen Voraussetzungen versehenes, nie ohne dieses Wenn auszusprechendes Wehrprogramm könnte aber kein Präjudiz bedeuten. Der innenpolitische Aspekt einer Wiederaufrüstung beunruhigt die Parteianhängerschaft sehr. Sie versucht immer wieder, Vorschläge, wie Milizsystem und dergleichen, vorzubringen, die einer Gefahr der Wiederkehr der früheren Zustände im deutschen Militär steuern sollen. Die Parteileitung geht darauf nicht ein. Sie hat sich auch noch nicht klar über die Frage «Nationalarmee oder europäische Armee?» ausgesprochen; für den als ziemlich sicher geltenden Fall, daß es zu einer *echten* europäischen Armee nicht kommt, scheint die SPD im stillen ja wohl dem Gedanken einer eigenen deutschen Armee zuzuneigen. Es ist aber noch nicht sicher, ob in dieser Hinsicht volle innere Einheit besteht. Die Parteileitung hat auf die Stimmung breiter Mitgliederkreise Rücksicht zu nehmen, denen man nur mit Mühe und Not den doktri-

nären Pazifismus hat ausreden können; ganz ist dies ohnedies noch nicht gelungen. Noch stärker ist der «Zitzewitz-Komplex» in der Partei vorbereitet, die Angst vor der alten Offizierskaste, die man gelegentlich unter dem Namen «die Zitzewitze» zusammenfaßt (nach einer bekannten Offiziersfamilie). Sehr viele deutsche Genossen, und nicht sie allein, halten die Wiederkehr der Herrschaft der reaktionären alten Offiziere für unvermeidlich, wenn eine eigene deutsche Armee kommt.

Es ist eigentlich merkwürdig, wie tief vielen Deutschen der Respekt vor diesen goldbetreßten Herren in den Knochen sitzt; kaum sehen sie sie wieder am Horizont auftauchen, fallen sie innerlich schon vor ihnen um, statt sich vorzunehmen, die Herren diesmal, wenn man sie schon als Fachleute unbedingt benötigen sollte, gründlich an die Leine zu nehmen. Manche Ereignisse der Vergangenheit werden bei Beobachtung dieser Haltung verständlich. Im übrigen wird hier zuviel verallgemeinert; gerade die alten Offiziersfamilien waren an der Widerstandsbewegung vom 20. Juli 1944 maßgebend beteiligt und haben schwer dafür geblutet. Weiter gibt es über die Herrschaft der Offiziere, etwa in der Weimarer Zeit, heute schon einen ganzen Mythus, der einer sachlichen Prüfung nicht standhält. Innerpolitische Gefahren drohen weniger von einem Aufstand antirepublikanischer Generäle als von einem Staatsstreich einer reaktionären Regierung mit williger Mithilfe solcher Generäle. Vor einer solchen Gefahr kann man aber nicht schon im vorhinein kapitulieren, vielmehr muß man nach politischen Sicherungen gegen sie suchen.

Ein weitverbreiteter, noch aus Propagandaklischees der ersten Nachkriegszeit stammender Irrtum unter deutschen Demokraten geht dahin, daß eine eigene deutsche Armee mit Sicherheit zum Sturz der Demokratie führen würde, wogegen ein deutsches Kontingent in den alliierten Heeren ein Hort der Demokratie wäre. Nun hat sich gerade unter der Ägide der Alliierten die Reaktion in Deutschland wieder in den Sattel geschwungen; unter ihrer Ägide sind die Nazi aus ihren Schlupfwinkeln hervorgekommen und massenhaft wieder in Amt und Würden gelangt. Die Alliierten sind es, die die Abrechnung der deutschen Sozialdemokraten mit den Nazi und Reaktionären im Jahre 1945 verhindert haben. Wer garantiert, daß nicht im deutschen Kontingent in den alliierten Heeren ähnliche Elemente wieder zur Führung gelangen? Besser wäre es, wenn die SPD ein Wehrprogramm durchsetzen könnte, das die Besetzung einiger tausend Offiziersposten mit Kandidaten aus der SPD und den Gewerkschaften vorsähe. Über eine neue, wirklich demokratische Wehrorganisation zu sprechen, ist es nie zu früh; wohl aber kann es eines Tages zu spät sein.

Hört man die Generäle reden, die sich jetzt blitzschnell in den allseits begrüßten Soldatenbünden in den Vordergrund gespielt haben, so kann einem allerdings vor jeder Art deutscher Wehrmacht bange werden. Da erklärt der Vorsitzende des Gesamtbundes, Generaloberst a. D. Frießner, der Krieg sei notwendig gewesen, weil die Polen die Volksdeutschen drangsalierten, und der deutsche Soldat habe gegen den Bolschewismus gekämpft. Er identifiziert sich also mit der nazistischen Kriegstheorie. Den 20. Juli 1944 lehnt er ab, weil er ein Attentat auf das Staatsoberhaupt als Christ und Soldat verwerfen müsse. Der wahnsinnige Monsterverbrecher und Usurpator Hitler erscheint dem General also heute noch als legitimes Staatsoberhaupt; der Mord am Mörder von Millionen, über deren Mord das christliche Gewissen des Generals sich nicht äußerte, erscheint ihm noch heute unzulässig. Immerhin läßt der General sich herab, anzuerkennen, daß die Männer vom 20. Juli 1944 aus «hohen ethischen Erkenntnissen» heraus gehandelt hätten und man sich die Hände reichen müsse.

Dagegen ging ein anderer Soldatenbundgeneral bereits so weit, ein Ehrengericht zwecks Verurteilung der noch lebenden «Verräter» vom 20. Juli 1944 zu fordern! Herr Ramcke äußerte sich über «veraltete Demokratien» — die Beispiele dieser Art mehren sich. Es gibt auch Offiziere anderer Denkart, aber sie setzen sich anscheinend so wenig durch wie zur Hitler-Zeit. Im ganzen benehmen sich die Soldatenbundgeneräle schon so, als ob *sie* über alles zu entscheiden hätten, von der Wehrpflicht bis zur ganzen deutschen Politik. Vielleicht macht jemand die Herren einmal darauf aufmerksam, daß sie über gar nichts zu entscheiden, sondern höchstens einer demokratischen Regierung zu gehorchen haben.

HEINZ ABOSCH

Die französischen Arbeitsgemeinschaften

Die «Libération» brachte nicht nur die Befreiung von der deutschen Besetzung, sie wollte auch die Neuordnung der Gesellschaft einleiten. So wurden nach 1945 der Bergbau, die Elektrizitätserzeugung, die großen Banken und Versicherungsgesellschaften verstaatlicht. In allen größeren Unternehmen wurde die Schaffung von Betriebskomitees verfügt. Von der Arbeiterschaft gewählt, sollten sie nicht nur die sozialen Einrichtungen, die Arbeitssicherheit usw. kontrollieren, sondern auch das Recht haben, durch Delegierte in die Bilanzen einzusehen. Das sind die großen, nach außen in Erscheinung getre-